

**HT 2006: Geschichtsbilder der Archive /
Geschichtsbilder der Wissenschaft:
Dokumente und Deutungen zur
Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er
Jahre**

Veranstalter: Robert Kretzschmar; Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA); Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD)

Datum, Ort: 19.09.2006-22.09.2006, Konstanz

Bericht von: Mathias Mutz, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Göttingen

Geschichtsbilder sind nicht alleine Sache von HistorikerInnen, gerade auch Archive nehmen wesentlichen Einfluss auf die (Re-)Konstruktion historischer Prozesse, indem sie etwa über die Aufbewahrung oder Vernichtung von Aktenbeständen entscheiden. Das komplementäre Verhältnis von Archiv und Wissenschaft ist jedoch durch den ‚cultural turn‘ der Geschichtswissenschaft insofern in Frage gestellt worden, dass archivische Quellen in ihrer Bedeutung relativiert und die Entstehung von Überlieferung und ihre Funktionalisierung selbst zum Thema gemacht worden ist. Gleichzeitig wurde durch diese Entwicklung eine verstärkte, teilweise kontroverse Selbstreflexion der Archive angestoßen, die zur Entwicklung neuer Modelle für die Archivierung führte und neue Chancen der Kooperation eröffnen könnte. Diesen Dialog zwischen Archiv- und Geschichtswissenschaften voranzubringen, ist eines der Ziele des 2001 ins Leben gerufenen Arbeitskreises ‚Archivische Bewertung‘ des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA), der zu diesem Zweck die Sektion „Geschichtsbilder der Archive – Geschichtsbilder der Wissenschaft“ auf dem Historikertag in Konstanz organisiert hatte.

Wie der Leiter des Arbeitskreises, Andreas PILGER (Düsseldorf), in seiner Einführung erläuterte, sollte dabei bewusst kein abstraktes Programm, sondern ein thematisches Beispiel im Mittelpunkt stehen, um die methodischen Grundlagen und praktische Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Archiven und historischer Forschung neu auszuloten. Die Wahl fiel dabei auf die Historisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung, da sich hier das wachsende Interesse der Zeitgeschichte an den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre mit der anwachsenden archivischen Überlieferung zu verschiedenen Atomprojekten verbindet. Dementsprechend stellte der Archivar Robert

KRETZSCHMAR (Stuttgart) und der Historiker Kai F. HÜNEMÖRDER (Hamburg) im ersten Teil der Sektion den Diskussionsstand in den jeweiligen Disziplinen vor, während anschließend Vertreter verschiedener Archive unterschiedlicher Träger zu Wort kamen, um die Möglichkeiten und Probleme der praktischen Arbeit an und mit den Beständen zu konkretisieren.

Dem Vorsitzenden des VdA und Präsidenten des Landesarchivs Baden-Württemberg, KRETZSCHMAR, fiel mit seinem Vortrag ‚Komprimierter Pluralismus. Methodische Ansätze zur Informationsverdichtung und Integration verschiedener Perspektiven in der archivischen Überlieferungsbildung‘ die Aufgabe zu, einen Überblick über die archivische Bewertungsfrage zu geben.¹ Wurde in den 1990er Jahren kontrovers darüber debattiert, ob die Aufgabe der Archive bei der Verdichtung der Bestände darin zu sehen sei, die Aufgabenwahrnehmung der abliefernden Behörden abzubilden und dadurch eine auswertungsoffene und quasi wertfreie Überlieferung zu schaffen, scheint es inzwischen breiter Konsens, dass eine inhaltliche Wertung mit dem Ziel, gesamtgesellschaftliche Prozesse abzubilden, nicht zu umgehen ist. Hierbei dienen die Einordnung des Überlieferungsbildners (Provinienz) sowie inhaltliche Analysen und Wertungen des Materials als Grundlage, um vorab sogenannte Archivierungsmodelle und Bewertungskataloge zu erarbeiten. Die Einsicht in die Kontextgebundenheit archivischer Überlieferung hat zudem zu einer Neudefinition des Verhältnisses von Archiven untereinander geführt. Um die Debatten einer pluralistischen Gesellschaft widerzuspiegeln, müssen sich die Überlieferungen, die in den Archiven der verschiedensten Träger gesichert werden, ergänzen. Daraus entstand das Konzept der archivübergreifenden Überlieferung oder der „Überlieferungsbildung im Verbund“, das modellhaft beispielsweise bei den Beständen zum Flughafenbau in Stuttgart angewendet wurde. Schließlich wird diskutiert, inwieweit Vertreter der Forschung und interessierter Nutzerkreise in den Bewertungsprozess miteinbezogen werden sollten, wobei diesen insbesondere eine Rolle bei der Evaluation der entwickelten Modelle zugeordnet wird.

Aus der Perspektive der Umweltzeitgeschichte

¹ Siehe dazu das Positionspapier des Arbeitskreises ‚Archivische Bewertung‘ vom 15. Oktober 2004 unter http://www.vda.archiv.net/pdf/ak_bew_positionen2004.pdf.

gab HÜNEMÖRDER anschließend einen Einblick in neuere Versuche der Historisierung des Anti-Atomkraft-Protests in der Geschichtswissenschaft. Gleichzeitig bot er mit einem holzschnittartigen Abriss der historischen Ereigniskette, die sich an den Ortsnamen Wyhl, Brokdorf, Gorleben und Wackersdorf orientierte, ein Faktengerüst für die weitere Diskussion. Nach einem kritischen Blick auf die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema der Neuen Sozialen Bewegungen, die unmittelbar mit den Ereignissen einsetzte und heute deren Beitrag zur Herausbildung einer ‚Zivilgesellschaft‘ betont, ging Hünemörder auf einige neuere historische Arbeiten ein. Dabei unterschied er grundsätzlich zwischen Ansätzen, die versuchten, die Atomkontroverse als wichtigen Teil einer zivilen Nutzung der Kernenergie zu rekonstruieren, und jenen, die den Atomkonflikt als Folie benutzen, um übergreifenden Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung seit den 1970er Jahren wie die Intensivierung von Medialisierung, Risikowahrnehmung, Expertenkultur und internationale Vernetzung nachzugehen.² Für beide Fälle unterstrich Hünemörder das Bemühen um eine Kontextualisierung des Anti-AKW-Protests und um eine multiperspektivische Betrachtung aller Akteure als Stärke historischer Forschung, der es auf diese Weise gelingen kann Chiffren wie „Atomstaat“ oder „Atomfilz“ aufzulösen und zu hinterfragen. Ausdrücklich wies er jedoch auch darauf hin, dass angesichts ungelöster Probleme wie der sicheren Endlagerung des Atommülls eine endgültige, allgemein akzeptierte Gesamtbewertung noch nicht möglich sei, zumal bei einer ‚Renaissance der Kernenergie‘ eine erneute Politisierung nicht auszuschließen sei.

Beiden programmatischen Referaten gelang es somit eindrucklich, die Relevanz der Thematik herausstellen, wenn man die vielfach erst bevorstehende Übernahme großer Aktenmengen zur Atompolitik durch die Archive einerseits und die – meist noch unreflektierte – Rolle der Atomkontroverse im öffentlichen Bild der 70er Jahre bedenkt. Allerdings zeigen sich darin auch die grundsätzlichen Probleme, denn sowohl die neuen Modelle der archivischen Bewertung als auch die umweltzeitgeschichtliche Forschung scheinen gewissermaßen noch in einer Erprobungsphase zu stecken. Unübersehbar ist jedoch gleichzeitig, wie

Archive und Wissenschaft bei dieser Weiterentwicklung auf einander angewiesen sind. Bewertungskataloge bedürfen Relevanzkriterien, die sich nur aus der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Praxis ergeben können, während differenzierte Geschichtsbilder einer breiten und vielschichtigen Materialbasis bedürfen. Zurecht betonten deshalb beide Referenten die Notwendigkeit eines multiperspektivischen Zugangs, um der Heterogenität der beteiligten Akteure zu entsprechen: Privatwirtschaftliche Unternehmen sind federführend bei Bau und Betrieb von Atomkraftwerken, staatliche Stellen nehmen wichtige Aufgaben bei Genehmigung und Beaufsichtigung wahr, Atomkraftkritiker organisieren sich in Bürgerinitiativen oder engagieren sich in Parteien, Medien prägen durch ihre Berichterstattung die öffentliche Wahrnehmung von Konflikten. Jede dieser Akteursgruppen ist als Bestandsbildner für die wissenschaftliche Forschung von Interesse, wie die Vertreter von Staats-, Medien-, Partei- und Wirtschaftsarchiven aufzeigen konnten, die im zweiten Teil der Sektion zu Wort kamen.

Für den Bereich der staatlichen Überlieferung gaben Albrecht ERNST und Wolfgang MÄHRLE (Stuttgart) einen Einblick in die Arbeit des baden-württembergischen Hauptstaatsarchivs.³ Wie erste Erhebungen ergeben haben, ist in der baden-württembergischen Landesverwaltung umfangreiches Material von rund 3500 Regalmetern Akten zur Atompolitik vorhanden, das neben technischen Unterlagen vor allem Polizeiakten und politische Dokumente umfasst. Davon sind bisher jedoch nur Bruchteile zur Übernahme angeboten worden. Insbesondere aus dem Landesumweltministerium, das annähernd zwei Drittel des Materials beherbergt, ist noch kein Material ins Archiv gelangt, nicht zuletzt weil technische Akten erst nach Stilllegung von Anlagen abgegeben werden. Da eine vollständige Übernahme dieser Aktenmengen weder möglich, noch erstrebenswert scheint, wurden die aus dem Wirtschafts-, Innen- und Staatsministerium übernommen Akten bereits analysiert und unter Zuhilfenahme von Bewertungsmodellen verdichtet, indem etwa das stark redundante Material zum Objektschutz nur exemplarisch übernommen wurde. Die erschlossenen Akten sind – unter Beachtung der 30jährigen Regelfrist – den Archivnutzern zugänglich, können allerdings angesichts der stark asymmetrischen Bestandsentwick-

² Vgl. allgemein Engels, Jens Ivo, Umweltgeschichte als Zeitgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13/2006, S. 32-38.

³ Eine Recherche der Bestände des Landesarchivs findet sich im Internet unter <http://www.landesarchiv-bw.de>.

lung, bisher nur in Teilbereichen ein umfassendes Bild der staatlichen Aktivitäten bieten.

Edgar LERSCH (Stuttgart/Halle) berichtete von seinen Erfahrungen bei der Sichtung audiovisueller Archivmaterialien im von ihm geleiteten Historischen Archiv des Südwestrundfunks (SWR). Zunächst erläuterte er dabei die Arbeitsweise und Archivierungskriterien des Archivs, in dem gesendetes Bildmaterial vollständig und Hörfunkmaterial in Auswahl (v.a. Originaltondokumente) aufbewahrt wird. Durch ausgewählte Bild- und Tondokumente konnte Lersch nicht nur die große Bandbreite des Materials zur Kernenergie-debatte illustrieren, sondern mit der Frage nach Authentizität und Inszenierung in Fernseh- oder Hörfunkbeiträgen auch eine wesentliche Schwierigkeit der Bearbeitung der Bestände aufzeigen. Da Hintergrundinformationen zur Entstehung oder auch geschnittenes Material in der Regel fehlen, ist die Erschließung und Nutzung der Bestände oft problematisch. Zurecht betonte Lersch gleichzeitig, das gerade für den politischen Massenprotest gegen die Kernkraftnutzung die Mobilisierung der medialen Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung waren, da sich aggressive Stimmungen und Reaktionen in der breiten Bevölkerung vorwiegend an der Berichterstattung entzündeten.

Das Archiv Grünes Gedächtnis unter dem Dach der Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich nicht nur als Parteiarchiv von Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch als Archiv der Neuen Sozialen Bewegungen.⁴ Wie der Leiter des Archivs, Christoph BECKER-SCHAUM (Berlin), erläuterte, finden sich in den insgesamt ca. 250 Beständen und 1300 Regalmetern neben dem Aktenmaterial von Parteigremien, Parlamentsfraktionen und Parteiorganisationen auch Deposita und Nachlässe einzelner Grünen-Politiker (z.B. Petra Kelly) und Unabhängiger sowie Sammlungen, die von Bewegungsarchiven oder Hochschulinstituten angelegt wurden und meist vor allem Flugblätter und so genannte graue Literatur umfassen. Im letzteren Fall wird das Grüne Archiv in der Regel beratend aktiv und übernimmt Bestände nur, wenn sich keine andere, lokale Lösung findet wie etwa beim Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld. Als besondere Herausforderung bei der Erschließung des Materials zum Anti-AKW-Protest hob Becker-Schaum den Netzwerkcharakter der Bewegung hervor, so dass in der Regel keine federfüh-

renden Stellen der Aktenführung existieren und stattdessen versucht werden muss, Netzwerkstrukturen zwischen den beteiligten Akteuren durch die Erschließung der Bestände rekonstruierbar zu machen.

Patrick KUPPER (Zürich) stellte schließlich die Arbeit des Archivs zur Geschichte der Kernenergie in der Schweiz (ARK) vor. Hier wurden vor allem Unterlagen aus beteiligten Unternehmen sowie Forschungsinstitutionen und staatlichen Stellen zusammengetragen, die nach der Erschließung und der Auswertung für erste Forschungsvorhaben seit 2004 über die Bibliothek der ETH Zürich öffentlich zugänglich sind.⁵ Kupper betonte dabei die besonderen Überlieferungsbedingungen in privatwirtschaftlichen Unternehmen, die im Vergleich zu öffentlichen Institutionen bei Aufbewahrung und Zugänglichmachung von Archivmaterial deutlich weniger durch Vorschriften gebunden sind und angesichts von Konkursen, Übernahmen oder Fusionen gleichzeitig oft eine geringere institutionelle Kontinuität aufweisen. Im schweizerischen Fall waren diese Probleme Ausgangspunkt für das Archivierungsprojekt ARK, das vor allem Aktenmaterial nicht mehr existierender Unternehmen sichert, deren Überlieferung ansonsten fraglich geworden wäre (insbesondere der Firmen Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, BBC Brown Boveri & Cie., Elektrowatt und der Nationalen Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik).

Auch wenn die Schweiz mit diesem wirtschaftshistorischen Spezialarchiv einen Sonderfall darstellen dürfte, und die Möglichkeiten in den Unternehmensarchiven deutscher Betreiber und Kraftwerksbauer (z.B. RWE, EnBW, Siemens) noch erkundet werden müssten, ergab der Blick in die verschiedenen Archive eindrücklich, dass umfangreiches und aussagekräftiges Archivmaterial vorhanden ist, wenn die betreffenden Archive auch mit jeweils spezifischen Problemen der Bestandsbildung und Bewertung zu tun haben. Letzteres dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, weshalb es auch im Rahmen dieser Sektion nur bedingt gelang, aus der Binnenlogik der jeweiligen Institutionen auszubrechen. Wie eine ‚Überlieferung im Verbund‘ konkret aussehen und auch wie geschichtswissenschaftliche Expertise dabei praktisch einbezogen werden könnte, blieb weitgehend ausgeklammert. Trotz des gewachsenen zeitlichen Abstands dürfte

⁴Zum Grünen Archiv siehe http://www.boell.de/de/13_archiv/242.html.

⁵Nähere Informationen zum Archiv zur Geschichte der Kernenergie in der Schweiz ARK unter <http://www.ethbib.ethz.ch/eth-archiv/kernenergie.html>.

beispielsweise für ein Bewegungsarchiv noch immer eine Hemmschwelle bestehen, mit staatlichen Archiven zu kooperieren. Grundsätzlich bleibt bei einem (allein technisch) so komplexen Thema die Frage, inwiefern nicht auch andere Sachverständigengruppen einbezogen werden müssten. Auch die Diskussion der Beiträge blieb deshalb oft stecken in spannenden Einzelfragen der Überlieferungsbildung, etwa nach der Archivierung von elektronischem Material, oder der Bedeutung einzelner Aspekte des Atomprotests wie dem Zusammenspiel von Internationalisierung und Regionalisierung. Das spricht freilich nicht gegen, sondern eindeutig für den von den Organisatoren gewünschten, wechselseitigen Kommunikationsprozess über die gemeinsame Konstruktion von Geschichtsbildern, zeigt aber auf, dass ein solcher Dialog erst langfristig sein volles Potential entwickeln kann. Es ist deshalb begrüßenswert, dass der VdA plant, durch weitere Tagungen und Veranstaltungen zu zeitgeschichtlichen Themen eine Vertiefung zu ermöglichen.⁶ Wie für die Historisierung der 1970er (und 1980er) Jahre mit ihrer spezifischen Protestkultur ist die Anti-Atomkraft-Bewegung auch hier nur ein – wenn auch nicht unwesentlicher – Anfang.

Tagungsbericht *HT 2006: Geschichtsbilder der Archive / Geschichtsbilder der Wissenschaft: Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre*. 19.09.2006-22.09.2006, Konstanz. In: H-Soz-u-Kult 18.10.2006.

⁶So durch ein Kolloquium des Landesarchivs Baden-Württemberg ‚1968 - Was bleibt von einer Generation?‘ am 27.2.2007 in Stuttgart und auf dem 77. Deutscher Archivtag in Mannheim vom 25.-28.9.2007 zum Thema ‚Migration‘. Vgl. <http://www.vda.archiv.net>.